

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/98

25. Mai 1972

Gemeinsam gegen den Bombenterror!

Engste Zusammenarbeit von Bund und Ländern

Von Heinz Ruhnau

Senator für Inneres der Freien und Hanse-
stadt Hamburg und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 49 Zeilen

Neuwahlen zum frühesten Termin

Aber bis dahin: Weiter konstruktive Politik

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-
Fraktion im Deutschen Bundestag

Seite 3 und 4 / 86 Zeilen

Gute Freundschaft mit Dänemark

Brandts Ansehen in Skandinavien überaus groß

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 5 und 6 / 53 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 885 846 / 886 847/
885 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Gemeinsam gegen den Bombenterror!

Engste Zusammenarbeit von Bund und Ländern

Von Heinz Ruhnau

Senator für Inneres der Freien und Hansestadt
Hamburg und Mitglied des SPD-Vorstandes

In der Zeit vom 7. bis 24. Mai wurden in der Bundesrepublik 16 Bombenanschläge verübt. Nur glücklichen Zufällen ist es zu verdanken, daß nicht alle Bomben explodiert sind und daß es nur wenige Schwerverletzte und vier Tote gegeben hat. Nach Schätzungen der Polizei hätten wir 200 bis 300 Tote beklagen müssen, wenn alle Bomben "planmäßig" explodiert wären.

Wenn die Anstrengungen der Polizei zu Erfolgen führen sollen, muß ihre Arbeit durch die Bürger unterstützt werden. Gerade wenn es um die Ergreifung unberechenbarer und erbarmungsloser Terroristen geht, ist diese Zusammenarbeit wichtig. Die Innenministerkonferenz hat deshalb an die Bürger appelliert, die Polizeibeamten bei ihrer schwierigen Arbeit zu unterstützen, und sie hat alle Mitbürger gebeten, auch dann Verständnis aufzubringen, wenn notwendige Fahndungsmaßnahmen Unbequemlichkeiten für den Einzelnen mit sich bringen.

Auf der sofort einberufenen Sondersitzung haben die Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder konkrete Maßnahmen zur Intensivierung der Fahndung beschlossen. Der Tagungsort, - das Bundeskriminalamt in Wiesbaden - zeigt, daß im Mittelpunkt der Maßnahmen die verstärkte Koordinierung durch das Bundeskriminalamt steht.

Neben den beschlossenen konkreten Maßnahmen, die natürlich nicht an die Öffentlichkeit gebracht werden können, wird das von

einer Kommission der Innenministerkonferenz entworfene einheitliche Sicherheitsprogramm ein weiterer Schritt sein, um den Schutz des Bürgers langfristig zu verstärken. Ohne die horizontale Gewaltenteilung in unserem föderativen Bundesstaat zu unterhöhlen, werden die Länder ihre unterschiedliche Organisation, Ausrüstung und Ausbildung angleichen. Dadurch wird es möglich sein, die Zusammenarbeit auf einheitlicher Basis zu stärken. Die Verbesserung der technischen Ausrüstung wird durch die Einrichtung einer zentralen EDV-Anlage im Bundeskriminalamt und durch die Einrichtung einer gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsstelle für Polizeitechnik erfolgen.

Die Ereignisse der letzten Tage sollten allen klar gemacht haben, daß die innere Sicherheit aus einem sinnlosen Wettlauf herausgehalten werden muß. Es gibt weder SPD-Sicherheit noch CDU-Sicherheit, sondern nur Sicherheit für den Bürger. Niemand sollte in dieser Situation den Eindruck zu erwecken suchen, daß seine Partei besser für den Schutz der Bürger sorgen könne.

In diesem Zusammenhang muß auch ein Wort an diejenigen gerichtet werden, die diese Anschläge verharmlosen und Gruppen tolerieren, die Gewalt zum Mittel der Politik proklamiert haben. Hierdurch wird ein Klima entstehen, das die Vorbedingung für diese Gewalttaten ist. Angesichts der planmäßigen Gefährdung hundeter unschuldiger Menschen verlieren die vorgebrachten politischen und moralischen Argumente ihre Rechtfertigung. Der Staat und wir alle müssen einer solchen Entwicklung mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

(-/ex/25.5.1972/ks)

+ + +

Neuwahlen zum frühesten Termin

Aber bis dahin: Weiter konstruktive Politik

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Noch immer herrscht Verwirrung in den Köpfen der CDU/CSU. Den Rücktritt des Bundeskanzlers und seiner Regierung verlangen die einen mit Kraske, auf ein erneutes und diesmal glückhaftes konstruktives Misstrauensvotum setzen die anderen mit Jaeger, auf eine negativ beantwortete Vertrauensfrage des Bundeskanzlers hoffen die dritten mit Dregger. Und da gibt es schliesslich eine vierte Gruppierung, die - mit Kohl - nüchtern genug ist, momentane Schwierigkeiten nicht in eine Regierungs- oder gar Staatskrise umzufälschen.

Die objektiven Schwierigkeiten resultieren aus den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen im Parlament, einem durch Wenderungsverluste entstandenen Gleichgewicht von Regierungskoalition und Opposition, das übrigens prinzipiell auch das Ergebnis jeder Bundestagswahl sein kann. In einer solchen Situation löst der Rücktritt einer Bundesregierung zunächst den Versuch des Bundespräsidenten aus, eine neue Regierung zustande zu bringen, die dann vor den gleichen Schwierigkeiten stünde. In einer solchen Situation ist auch ein erfolgreiches Misstrauensvotum nicht konstruktiv, denn der geheime Frontenwechsel eines anonymen Überläufers ist nicht geeignet, der bisherigen Opposition eine handlungsfähige Regierungsmehrheit zu verschaffen. In einer solchen Situation ist schliesslich auch eine negative beantwortete Vertrauensfrage des Bundeskanzlers keine Lösung, solange zu erwarten ist, dass ihr ein erneutes konstruktives Misstrauensvotum nachgeschoben wird.

Aber es gibt einen Ausweg, der die Wiederherstellung stabiler Mehrheitsverhältnisse verspricht: Vorgezogene Neuwahlen zum VII. Deutschen Bundestag. Die Opposition bezeichnet Neuwahlen als die "sympathischste Lösung". Bundesregierung und Regierungskoalition stimmen mit dieser Wertung überein: Sie wünschen Neuwahlen zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Es reicht allerdings nicht aus, allein den Wahltermin zu vereinbaren. Zusätzliche Absprachen sind erforderlich, damit vom Weg zu vorgezogenen Neuwahlen nicht plötzlich abgewichen wird. Denn es ist der legitime Wunsch der sozialliberalen Regierungskoalition, ihr Handeln vor dem Wähler zu verantworten. Dies wird termingemäss im Sommer 1973 geschehen, kann jedoch vereinbarungsgemäss schon früher erfolgen.

In jedem Falle wird sich die Regierung Brandt aus der Regierungsverantwortung heraus dem Wähler stellen. Eine Opposition, die selbst zwanzig Jahre lang den Sachverstand des Regierungsapparates und den psychologischen Vorteil der Amtsauctorität in Wahlkämpfen zu Hilfe genommen hat, wird lernen müssen, dass es nicht undemokratisch ist, wenn nunmehr SPD und FDP als Regierungsparteien in den Wahlkampf gehen.

Bis zum Tag der Wahl wird die Regierung Brandt daher im Amte

bleiben. Der VI. Deutsche Bundestag hat Willy Brandt 1969 mit absoluter Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt. Der gleiche Bundestag hat am 27. April 1972 bewiesen, dass kein anderer Kanzler-Kandidat die Mehrzahl der Abgeordneten hinter sich zu bringen vermag. Die im Amt befindliche Regierung ist deshalb verpflichtet, die Amtsgeschäfte weiter zu führen und in der Erfüllung ihres Regierungs-Programmes fortzufahren.

Zu verabschieden sind eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe wie die Reduzierung der Wehrpflicht-Dauer zum Zwecke grösserer Wehrgerechtigkeit, die Krankenversicherung für Landwirte, der Ausbau des zivilen Ersatzdienstes, das Doppelbesteuerungsabkommen, die EWG-Erweiterung und das novellierte Bundeswahlgesetz. Zu verstärken und zu beschleunigen sind unsere Massnahmen zur Festigung der inneren Sicherheit, insbesondere der Sicherung des Bürgers vor Sprengstoff-Terror und Einschüchterung. Fortzusetzen sind unsere aussenpolitischen Entspannungsbemühungen, die sich jetzt auch auf die Vorbereitung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa konzentrieren werden. Voranzutreiben sind schliesslich unsere Anstrengungen, durch vertragliche Vereinbarungen zu einem geregelter Nebeneinander mit der DDR zu kommen, das weitere menschliche Erleichterungen möglich macht.

Es gibt keine Wahl zwischen Stillstand und Fortsetzung der Staatsgeschäfte, wohl aber eine Wahl zwischen konstruktiver Beteiligung und destruktivem Beiseitestehen bei der Bewältigung notwendiger Staatsaufgaben. Dazu gehört selbstverständlich auch die Beschlußfassung über den Bundeshaushalt, der dem Bundestag vorliegt und für dessen Verabschiedung jetzt das Parlament verantwortlich zeichnet.

SPD und FDP einerseits, CDU und CSU andererseits haben gemeinsame Grundvorstellungen von den Erfordernissen eines funktionierenden parlamentarischen Regierungssystems. Ihr Streben nach Regierungsverantwortung ist legitim. Es ist das Streben nach Führungs-Mitteln zur Erfüllung von Staats-Zwecken. Bleiben die Interessen des Gemeinwohls dabei auf der Strecke, so entartet Machtstreben zum Selbstzweck und der Staat verkommt. Die nächsten Wochen werden zeigen, wie ernst es die CDU/CSU meint, wenn sie von der Mitverantwortung aller Demokraten für den Fortbestand des Staates spricht. Was eine demokratische Partei jetzt schuldig bliebe, würde allen demokratischen Parteien bei den nächsten Bundestagswahlen quitiert werden.

Fortsetzung konstruktiver Politik bis zu den vorzeitig erforderlichen Bundestagswahlen ist daher das Gebot der Stunde.

(ee/ex/25.5.1972/räu)

Gute Freundschaft mit Dänemark

Brandts Ansehen in Skandinavien überaus groß

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Im Mai 1972 ist in erfreulicher Form deutlich geworden, wie eng die deutsch-dänischen Verbindungen geworden sind. Einen besonderen Höhepunkt bildeten die Kundgebungen in Flensburg und Apenrade am 13. Mai 1972, bei denen Bundeskanzler Willy Brandt und der dänische Ministerpräsident Jens Otto Krag jeweils in Dänemark und der Bundesrepublik zusammengetroffen sind. Vor diesen Kundgebungen haben sie jeweils mit den Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzgebiet, der dänischen Volksgruppe im Landesteil Schleswig sowie den deutschen Nordschleswigern in Mönemark, Gespräche geführt.

Bundeskanzler Willy Brandt hat in Flensburg im Hinblick auf die Erweiterung der EWG erklärt: "Was die Erweiterung der EWG angeht, so sage ich dazu etwas Ähnliches, wie Jens Otto Krag gesagt hat, bevor er sich zur deutschen Ostpolitik äußerte. Ich denke nicht im Traum daran, mich in etwas einzumischen, was ganz allein der Entscheidung des dänischen Volkes unterliegt! Nur möchte ich, daß man eines auf der anderen Seite der Grenze weiß, nämlich wie willkommen uns Dänemark in der erweiterten Europäischen Gemeinschaft wäre. Wie willkommen es uns wäre, von aller Ökonomie absehen, weil dieses Europa die demokratischen Kalorien ganz gut gebrauchen kann, die England und Skandinavien einzubringen haben".

In den Rahmen dieser guten Beziehungen zwischen zwei Nachbarländern fügt sich auch die Reise einer Parlamentsdelegation des Deutschen Bundestages beim dänischen Folketing ein, bei der außer-

ordentlich fruchtbare Gespräche geführt wurden. Hauptthemen waren die deutschen Bemühungen um einen Ausgleich zwischen Ost und West sowie die Frage des Beitritts Dänemarks und auch Norwegens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Dabei ergab sich erneut ein nachhaltiger Eindruck von der umsichtigen, aber bestimmten Art, mit der die Regierung Krag Dänemark auf den Kurs nach Europa führt. Die nicht überall verstandene Taktik Krags, die Gegner eines Beitritts Dänemarks zur EWG gewissermaßen "auszutrocknen", hat sich als außerordentlich wirkungsvoll erwiesen. Dies zeigte unter anderem der außerordentliche Gewerkschaftskongreß der LO, der sich mit Mehrheit für den dänischen Beitritt zur EWG ausgesprochen hat.

Dieses positive Votum weist exemplarisch auf die immer stärker werdende Stimmung in der dänischen Bevölkerung hin, der Linie der Regierung Krag zu folgen. Wie zu spüren war, ist zweifellos das überaus große Ansehen, das der deutsche Bundeskanzler in den skandinavischen Ländern genießt, mit maßgebend, wenn auch nicht allein entscheidend, für diese Stimmung. Seine Politik in Verbindung mit seiner Person bildet die Vertrauensgrundlage für diesen teilweisen Stimmungswandel; sie trägt wesentlich dazu bei, daß Dänemark fest am westlichen Bündnis hält.

Wie sehr sich die Dinge zum Guten entwickelt haben, zeigt am Rande, daß der Vertreter der deutschen Minderheiten in Schleswig, Harro Marquardsen, vom Präsidenten des Folketing zu dem zu Ehren der deutschen Delegation gegebenen offiziellen Abendessen geladen war. Diese Geste zeigt anschaulich, wie ein Minderheitenproblem in einer für Europa vorbildlichen Weise von Schleswig-Holstein, dem Bonner Kontaktausschuß für die deutsch-dänische Minderheit und von der dänischen Seite gelöst worden ist.

(-/ex/25.5.1972/ks)